



Beschluss

Beitrittsperspektive der Balkanstaaten

62. Bundeskongress in Berlin

03.10.15

Beschluss im Wortlaut:

Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland,

angesichts der massiven Auswanderungswelle aus den EU-Beitrittskandidaten Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien,

in der Überzeugung, dass der damit einhergehende „Brain Drain“ die wirtschaftliche Situation in den besagten Ländern zusehends verschärft, Fachkräfte jedoch für eine funktionierende Ökonomie von ausschlaggebender Bedeutung sind,

wahrnehmend, dass die mangelhafte wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern deren politische Stabilität beeinträchtigt,

zur Kenntnis nehmend, dass im Ergebnis der Westbalkankonferenz am 27. August 2015 in Wien bereits weitgehende Zusagen hinsichtlich wirtschaftlicher Förderung gegeben wurden,

in Erinnerung rufend, dass die Mitgliedstaaten der heutigen Europäischen Union insbesondere durch die wirtschaftliche und parallel verlaufene politische aufeinander bezogene Kooperation eine beispiellose Integrationsleistung erbracht haben,

bemängelnd, dass die in den Mitgliedstaaten geführte Rhetorik um den Status als sichere Herkunftsstaaten die Problemlösung nur zu verschieben versucht,

in der Gewissheit, dass die Europäische Union und insbesondere ihre Mitgliedstaaten mit Außengrenzen zu Nicht-EU-Ländern ein vitales Interesse an stabilen Nachbarn haben,

darin erinnernd, dass gerade mit dem Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro im Jahr 2006 die Hoffnung auf einen schnelleren EU-Beitritt verbunden war,



fordern die konsequente Unterstützung wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger Investitionen in den Beitrittskandidaten durch die Europäische Union, um den Menschen in den Beitrittskandidaten eine Perspektive zu bieten,

legen dabei den Fokus auf die ökonomische und administrative Modernisierung,

wollen eine stärkere wirtschaftliche Anbindung der Beitrittskandidaten an die EU,

sehen schließlich durch eine der wirtschaftlichen Konsolidierung einhergehende politisch-administrative Reformierung der Beitrittskandidaten eine Chance für die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und spätere politische Integration in die Europäische Union.